



HESSISCHER LANDTAG

23. 04. 2009

*Dem
Innenausschuss und dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion

betreffend Aufnahme irakischer Kontingentflüchtlinge in Hessen

Im vergangenen Jahr hat die Europäische Union die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen aus dem Irak zugesagt. 2500 von diesen sogenannten Kontingentflüchtlingen will die Bundesregierung aufnehmen. Die Flüchtlinge werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die 16 Bundesländer verteilt werden. Die Ankunft der ersten 122 irakischen Flüchtlinge erfolgte am Donnerstag, 19. März 2009, in Friedland bei Göttingen. In den nächsten Wochen werden wöchentlich weitere Personen in Deutschland ankommen und auf die Bundesländer und damit auch nach Hessen verteilt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss und im Sozialpolitischen Ausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele der nach dem "Königsteiner Schlüssel" Hessen zugewiesenen Flüchtlinge sind bereits angekommen und wie viele werden zu welcher Zeit noch erwartet?
2. Wie und wo wird die Erstunterbringung der Flüchtlinge in Hessen erfolgen?
3. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die aufgenommenen Schutzbedürftigen eine sichere, langfristige Aufenthaltsperspektive erhalten?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung vorgesehen, um die notwendige fachliche Behandlung traumatisierter Flüchtlinge in der Erstunterbringung, aber auch an den späteren Wohnorten zu gewährleisten?
5. Ist sichergestellt, dass die Flüchtlinge sowohl in der Erstunterbringung als auch an den späteren Wohnorten durch arabisch sprechende Betreuer begleitet werden oder Dolmetscher zur Verfügung stehen?
6. Welche Kommunen in Hessen sind als künftige Wohnorte vorgesehen und wie viele Flüchtlinge werden die Kommunen jeweils aufnehmen (bitte aufschlüsseln nach Kommunen und Anzahl der Flüchtlinge)?
7. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl dieser Zielkommunen und die Bestimmung der Anzahl der Flüchtlinge, die aufgenommen werden?
8. Wie wird gewährleistet, dass die Flüchtlinge möglichst schnell in die Kommunen verteilt werden und eine Wohnung beziehen können?
9. Welche finanziellen, personellen und sachlichen Mittel hat die Landesregierung den aufnehmenden Kommunen zur Integration der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt?

10. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung vorgesehen, um eine möglichst rasche Integration der schutzbefohlenen Kinder und Jugendlichen in Kinderbetreuung und Schulen zu gewährleisten?
11. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung vorgesehen, um die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge zu erfassen und eine rasche Eingliederung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in die Wege zu leiten?
12. Sieht die Landesregierung darüber hinaus die Notwendigkeit und die moralische Verpflichtung sich für die Einrichtung eines kontinuierlichen Resettlementprogramms für schutzbedürftige Flüchtlinge einzusetzen, wie es der UNHCR von Deutschland fordert?

Wiesbaden, 22. April 2009

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Kordula Schulz-Asche

Mürvet Öztürk